

**Zeitschrift:** Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

**Band:** 67 (1992)

**Heft:** 5

**Artikel:** Gute Erfahrungen mit Blauhelm-Einsätzen

**Autor:** Knöpfel, Martin

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-713949>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 19.10.2024

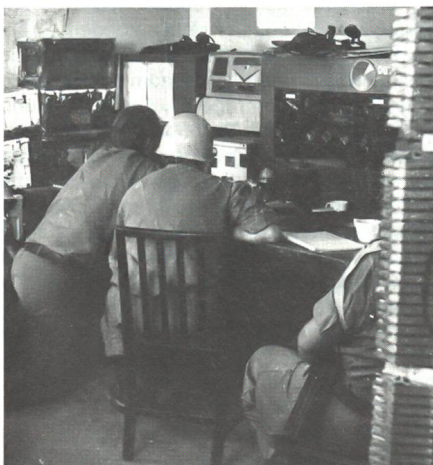
**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Gute Erfahrungen mit Blauhelm-Einsätzen

Von Martin Knöpfel, Zürich

**Blauhelm-Einsätze sind für Österreich ein unbestrittener Bestandteil der Aussen- und Sicherheitspolitik. Obwohl der Dienst hart ist, finden sich genügend Freiwillige. Die Teilnahme an Polizeiaktionen im Stil des Golfkrieges kommt für Österreich hingegen nicht in Frage.**

Vor kurzem sprach der österreichische Divisionär Adolf Radauer vor der Allgemeinen Offiziersgesellschaft (AOG) Zürich über die Erfahrungen seines Landes mit dem Einsatz von Blauhelmen (militärischen Einheiten unter dem Kommando der UNO). Bekanntlich wird auch im EMD die Frage studiert, ob sich die Schweiz an derartigen Operationen beteiligen soll. Bisher hat unser Land der Weltorganisation lediglich Experten, Waffenstillstandsbeobachter (in Korea) sowie Sanitätseinheiten und Militärbeobachter (in der UNO-Terminologie «Blaumützen») zur Verfügung gestellt. Blauhelme sind dagegen Kampftruppen. Hier muss zudem zwischen «Peace-Keeping» und «Peace-Enforcement» unterschieden werden. Bei der ersten Kategorie stellen sich die Blauhelme zwischen die Konfliktparteien. Natürlich ist das nur möglich, wenn alle Beteiligten einverstanden sind. Beim «Peace-Enforcement» handelt es sich dagegen um richtige Polizeiaktionen, die auch gegen den Willen einer Seite durchgeführt werden; bekanntestes Beispiel ist der Golfkrieg. Die Teilnahme an solchen Operationen kommt für Wien allerdings nicht in Frage. Aus diesem Grund und wegen der Nähe zum Krisenherd erachtet Radauer auch die Beteiligung Österreichs an einer UNO-Friedenstruppe für Jugoslawien als ausgeschlossen. Auf jeden Fall ist die Entsendung von Blauhelmen nur mit Zustimmung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen möglich. Diese Regelung sorgt automatisch dafür, dass nichts gegen den Willen einer der Grossmächte beschlossen werden kann. Das stellt zweifellos eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten der UNO dar. Die Einsätze der Blauhelme und -mützen werden übrigens von den Vereinten Nationen grosszügig entschädigt, so dass die finanzielle Belastung der betreffenden Staaten gering ist.



Im Kommandoposten einer österreichischen Blauhelmereinheit in Zypern 1974.



Österreichischer Sanitätssoldat im Feldspital in Iran 1991.

## Harte Einsatzbedingungen

Österreich hat erstmals anlässlich der Kongo-Krise (1960) Blauhelme zur Verfügung gestellt. Seither ist das zu einem allgemein akzeptierten Bestandteil der Aussen- und Sicherheitspolitik des Landes geworden. Interessanterweise sind solche Operationen auch bei der Truppe populär: rund 30 000 Soldaten haben ihr Interesse angemeldet, obwohl der Dienst unter der Flagge der UNO hart ist. Blauhelme werden meist in sehr unwirtlichen Gegenden eingesetzt, wo die Lebensumstände spartanisch und die Unterkünfte wenig komfortabel sind. Der Referent betonte denn auch, dass grosse Anstrengungen nötig sind, um eine gute Moral aufrechtzuerhalten. So erklärt man den Soldaten zu Beginn, dass der Erfolg ihres Dienstes gerade darin besteht, dass nichts passiert! Ein intensiver Dienstbetrieb – Patrouillen, Schulung, aber auch Exkursionen in den Stationierungsländern – sorgen dafür, dass die Stimmung nicht abfällt. Vor diesem Hintergrund stellen sich auch ganz besondere Anforderungen an die Vorgesetzten: anstatt einfach zu befehlen, muss man mehr Gewicht auf Team- und Überzeugungsarbeit legen. Die Gründe für die einfachen Soldaten, sich als Blauhelme zu melden, sind einerseits finanzieller Natur, andererseits Abenteuerlust oder Flucht vor persönlichen Problemen. Letzteres wird allerdings von den Behörden weniger geschätzt. Es ist in Österreich aber nicht möglich, den Militärdienst nur bei der UNO zu leisten; eine absolvierte Grundausbildung (etwa vergleichbar der RS in der Schweiz) ist Voraussetzung. Wenn es um die Rekrutierung von Spezialisten aus technischen Berufen geht, kann man allerdings nicht mehr aus dem Vollen schöpfen, weil solche Leute auch in der Privatwirtschaft gesucht und gut bezahlt werden. Hier dürften auch für die Schweiz Probleme entstehen, wenn sie sich an Peace-Keeping-Operationen beteiligen will. Abschliessend sei noch erwähnt, dass der Referent mehrfach betonte, dass man bei derartigen Einsätzen immer wieder auf unvorhersehbare Probleme stosse. Eine gute Zusammenarbeit der zuständigen Behörden in der Heimat (v a des Aussen- und des Verteidigungsministeriums), aber auch eine flexible Logistik sowie grosse Vorräte an Material für alle möglichen Einsatzgebiete seien unbedingt notwendig. Hier nur ein Beispiel: als österreichische Blauhelme im Oktober 1973

kurzfristig von Zypern in den Sinai verlegt wurden, waren ihre Kochherde unbrauchbar, da sie mit Holz geheizt wurden und es im Sinai anders als in Zypern im Umkreis von Hunderten von Kilometern keinen Baum gab...



Wache der österreichischen Blauhelmtruppe auf den Golanhöhen.

## Offiziersgesellschaft verurteilt GSoA-Initiative

Der Vorstand der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich hat sich an seiner letzten Sitzung mit der von der Gesellschaft Schweiz ohne Armee (GSoA) beschlossenen Volksinitiative gegen die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge befasst. Er verurteilt die Machenschaften der GSoA und hält dazu folgendes fest:

- Die GSoA-Initiative verletzt die Bundesverfassung. Gemäss Art. 123 Abs. 1 BV treten revidierte Artikel in Kraft, wenn sie von der Mehrheit von Volk und Ständen angenommen worden sind. Eine Rückwirkungsklausel kennt die Bundesverfassung nicht. Mit der Initiative versucht die GSoA, die normalen demokratischen Abläufe aus den Angeln zu heben. Wenn das zulässig wäre, könnte irgendeine kleine Minderheit jeden beliebigen Entscheid der verfassungsmässig bestellten Staatsorgane blockieren.
- Durch das Verbot der Beschaffung von Kampfflugzeugen bis zum Jahre 2000 könnten weder Bundesrat noch Parlament einen der wichtigsten Zwecke des Bundes, nämlich die Gewährleistung der äusseren Sicherheit, weiter erfüllen. Die internationale Lage ist labil. Sie wird nicht nur in der Europa-, Wirtschafts-, und Asylpolitik, sondern auch in der Sicherheitspolitik schnelle Entscheidungen verlangen. Die GSoA-Initiative aber will den gewählten verantwortlichen Staatsorganen die Hände binden.
- Man wird den Eindruck nicht los, dass es der GSoA auch darum geht, von ihrer deutlichen Niederlage in der Armeeausschaffungsinitiative vom 25. November 1989 abzulenken. Darüber hinaus soll den frustrierten eigenen Reihen wieder ein Ziel gegeben werden, nachdem die GSoA-Aktivistinnen eingesehen haben, dass eine Armeeausschaffungsinitiative auch in einer zweiten Abstimmung höchstens bei manipulierten Umfragen und gewissen willfährigen Medien, nicht aber beim Volk, eine Chance haben wird.

Der Vorstand der Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich ist zum Schluss gekommen, dass die GSoA nun den Bogen überspannt hat. Deshalb wurde eine Expertengruppe beauftragt, Abklärungen über Gegenmassnahmen – aber auch über eigene offensive Massnahmen – zu treffen. Die Öffentlichkeit wird über die Ergebnisse orientiert werden.